

Innovationsland Schweiz:

Wirtschaftswachstum steigern, Arbeitsplätze schaffen, Wohlstand erhalten

Innovationsstrategie der *FDP.Die Liberalen*
von der Delegiertenversammlung
am 17. Oktober 2009 in Stans (NW) verabschiedet

1. Einleitung

Innovation ist die erfolgreiche Lancierung einer Idee oder Erfindung in der Form eines neuen Produktes, einer neuen Dienstleistung oder eines neuen Verfahrens auf dem Markt. Das neue Angebot und die daraus entstehende Nachfrage schaffen neue Arbeitsplätze und schaffen damit Wohlstand in der Schweiz.

Innovation basiert auf Wissen, dem einzigen natürlichen Rohstoff der Schweiz. Unter dem Einfluss der Globalisierung ist die Bedeutung von Wissen in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen. Dienstleistung und Information spielen heute eine tragende Rolle, gerade auch in der Industrie. Entsprechend sind heute nicht mehr nur tiefe Löhne und billige Rohstoffe im Wettbewerb zwischen den Ländern entscheidend, sondern die effiziente Umsetzung von Wissen auf dem Markt - oder anders gesagt, die Innovationsfähigkeit eines Landes.

1.1. Innovationsland Schweiz

Die Schweiz gehört seit langem zu den führenden Nationen im Bereich Innovation. Im internationalen Ländervergleich (Abb. 1-4) belegt sie durchwegs einen Spitzenplatz. Ihre gute Positionierung verdankt die Schweiz ihrer hohen Anzahl an bestens qualifizierten Arbeitskräften, hervorragenden Universitäten und Forschungseinrichtungen, einem verhältnismässigen Innovationsschutz sowie einem hohen Lebensstandard.

Pro Inno Europe European Innovation Scoreboard 2008
1. Schweiz
2. Schweden
3. Finnland
4. Deutschland
5. Dänemark

Abb. 1

World Economic Forum GCR Innovation Index 2009
1. Schweiz
2. USA
3. Singapur
4. Schweden
5. Dänemark

Abb.2

Economist Intelligence Unit Innovation Index 2008
1. Japan
2. Schweiz
3. Finnland
4. US
5. Schweden

Abb.3

INSEAD Global Innovation Index 2008
1. USA
2. Deutschland
3. Schweden
4. UK
7. Schweiz

Abb.45

Der Spitzenplatz, den die Schweiz derzeit inne hat, darf allerdings nicht als selbstverständlich genommen werden. Mit enormem finanziellen Aufwand versuchen Konkurrenzländer wie Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate ihre Attraktivität als Innovationsstandorte zu steigern. Aber auch eigene Schwächen wie die Tendenz zu einer nationalen Abschottung, mangelnder Unternehmergeist, eine hohe steuerliche Belastung von Forschung, eine Verschlechterung des Patentschutzes sowie zu wenig verfügbares Risikokapital bedrohen den Spitzenplatz der Schweiz.

1.2. Die Innovationspolitik der FDP.Die Liberalen

Auch wenn die Schweiz heute zu den innovativsten Ländern zählt, müssen wir uns gemeinsam für die Zukunft der Schweiz einsetzen. Nur so wird die Schweiz ihren Spitzenplatz halten und ihren Vorsprung weiter ausbauen können. **Für die FDP.Die Liberalen soll die Schweiz auch in 20 Jahren zu den fünf innovationsstärksten Ländern der Welt gehören.**

Mit der in diesem Papier präsentierten Innovationsstrategie der FDP soll das Wirtschaftswachstum der Schweiz im Vergleich zu den übrigen OECD-Staaten überproportional gesteigert und zusätzlich 40'000 neue Arbeitsplätze bis 2015 geschaffen werden. Nur so kann der bestehende Wohlstand der Schweiz auch für die nächsten Generationen gesichert werden.

1.3. Forderungen zur Stärkung des Innovationslandes Schweiz

Das Fundament der Innovation bildet der einzelne Mensch. Erst durch seinen Willen und Einsatz wird Innovation möglich. Neugier, Kreativität, Fleiss und Beharrlichkeit zeichnen einen innovativen Menschen aus. **FDP. Die Liberalen setzt sich für eine Kultur ein, in der sich Leistung lohnt und jeder einzelne Mensch ermutigt wird, seine Ideen umzusetzen.** Mit einem gesunden Risikobewusstsein gilt es, Chancen anzupacken. Und auch wenn man scheitert, soll ein Neuanfang möglich sein.

Dem Staat kommt damit in erster Linie die Aufgabe zu, dem Menschen die Eigeninitiative zu belassen.

Die vier Grundpfeiler der Innovation:

1. Eine offene **Gesellschaft**
2. Attraktive **Rahmenbedingungen**
3. Hervorragende **Bildung**
4. Wegweisende **Forschung**

Mit gezielten und weitsichtigen Forderungen will die FDP die Grundpfeiler der Innovation stärken.

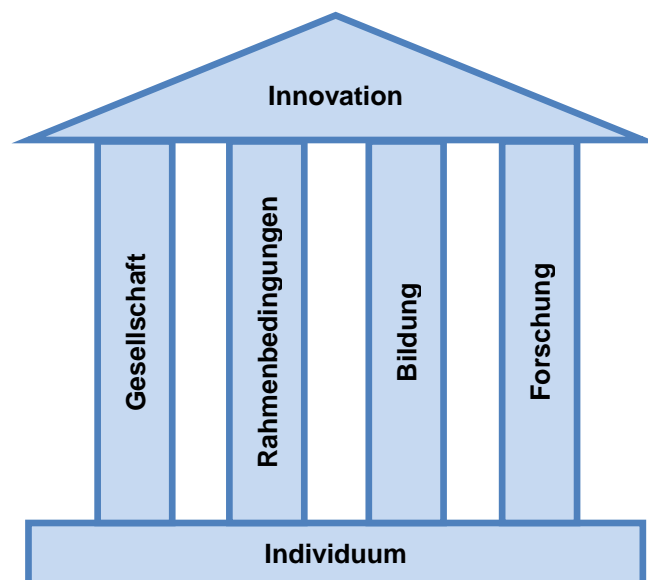


Abbildung 5: Das Haus der Innovation

2. Gesellschaft

2.1. Forschungsfreiheit stärken

In den vergangenen Jahren hat die Schweizer Bevölkerung im Rahmen von Abstimmungen – insbesondere zu biomedizinischen Themen – immer wieder ihre Offenheit gegenüber Forschungsthemen sowie ihr Vertrauen in den Forschungsplatz Schweiz zum Ausdruck gebracht. Dabei sind ihr klare gesetzliche Rahmenbedingungen wichtig. Diese sind jedoch nicht als willentliche Einschränkung der Forschungsfreiheit zu sehen, sondern dienen der Verhinderung von Missbrauch.

Problematisch wird es, wenn die Forschungsfreiheit durch zu grosse Restriktionen und gesetzliche Verbote eingeschränkt wird. Solche Denkbarrieren zwingen die Spitzenforschung zur Auswanderung und verhindern die Rekrutierung der besten Talente. Denkbarrieren haben die Schweiz bereits die Vorreiterrolle in der Erforschung der Chancen und Risiken der Atomtechnik, Gentechnik und Stammzellenforschung gekostet.

› Forderung 1: Forschungsfreiheit statt Moratorien

Die Schweiz braucht gesetzliche Grundlagen für die Forschung, welche die Forschungsautonomie wahren und der Bedeutung der Forschung für die Gesellschaft Rechnung tragen. Die Forschungsfreiheit ist im Interesse der Gesellschaft und soll nicht aus partikularen Interessen eingeschränkt werden. Anstelle von blinden Verboten braucht es vernünftige Rahmenbedingungen. Moratorien – gerade in höchst zukunftssträchtigen Bereichen wie der Kernenergie-Technologie oder der Gentechnologie – sind keine Lösung und schaden dem Forschungsplatz Schweiz massiv. Es droht der Verlust von Wissen, Kapital und Arbeitsplätzen.

3. Rahmenbedingungen

3.1. Eigenkapital entlasten, Bürokratie abbauen

Die Umsetzung von Innovation in der Form von neuen Produkten, Dienstleistungen oder Verfahren ist risikoreich und zeitraubend. Gute Rahmenbedingungen sind deshalb wichtig, um Unternehmen zu ermöglichen, sich auf Innovation zu konzentrieren, statt Zeit mit öffentlichen Verwaltungen zu verlieren. Gute Rahmenbedingungen braucht es auch bezüglich der Finanzierung. Neben dem Zugang zu (Risiko-)kapital und der damit verbundenen Bedeutung eines gut ausgebauten, international verknüpften Finanzplatzes sowie einer vorteilhaften steuerlichen Behandlung von F&E-Ausgaben, muss Eigenkapital steuerlich besser gestellt werden. Unternehmer, die ihr eigenes Geld in ihr Unternehmen und damit in Arbeitsplätze investieren, dürfen nicht dafür steuerlich benachteiligt werden.

› Forderung 2: Steuerliche Entlastung von Gewinnen, die in der Firma belassen werden

FDP.Die Liberalen fordert, dass Fremdkapital nicht mehr steuerlich besser gestellt wird als durch Gewinne erwirtschaftetes Eigenkapital. Während man die Kosten für Fremdkapital steuerlich in Abzug bringen kann, können die Eigenkapitalkosten nicht abgezogen werden. Dies benachteiligt Unternehmen, die mit ihren erwirtschafteten Gewinnen wachsen wollen. Gewinn ist aber die Voraussetzung für die Risikofähigkeit einer Unternehmung. Darum fordern wir die Umsetzung der Motion „08.3844 Einführung von steuerlichen Fördermassnahmen zur Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz“.

› Forderung 3 : Reduzierung des administrativen Aufwands für Unternehmen

FDP.Die Liberalen fordert, dass der administrative Aufwand für Unternehmen reduziert und vereinfacht wird. Es sollen administrativ schlanke Lösungen (one-stop-shops) geschaffen werden. Schlanke Verfahren sind für bestehende wie für neue Unternehmen sehr wichtig. Neben den materiellen Regelungen sind für die Betriebe auch die Aufwendungen für den Vollzug von Vorschriften bedeutsam. Dabei kann dieser administrative Aufwand für Betriebe zu einer nur schwer verkraftbaren Belastung werden, wie etwa das Beispiel der Mehrwertsteuer zeigt. Leider wird diesem Aspekt im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren häufig nicht die notwendige Beachtung geschenkt.

3.2. Eine gesamtschweizerische Standortförderung

Die Schweiz liegt im Herzen von Europa, sie verfügt über ausgezeichnete Verkehrsverbindungen, eine hervorragende Infrastruktur sowie eine hohe politische Stabilität. Eine liberale Wirtschaftsordnung wie auch eine bescheidene Regelungsdichte sind bewährte Erfolgsfaktoren der Schweiz. Die Schulen, Universitäten und Fachhochschulen sind von hoher Qualität, die Arbeitskräfte auf allen Ebenen gut ausgebildet. Die Wohn- und Lebensqualität ist hoch, das kulturelle Angebot vielfältig und die Natur von grosser Schönheit. Damit verfügt die Schweiz über Standortqualitäten, wie sie selten an einem zweiten Ort zu finden sind. Dass dem so ist, beweist u.a. die hohe Dichte an multinationalen Unternehmen, die ihren Hauptsitz in der Schweiz haben.

Die Kompetenz zur Standortförderung obliegt in der Schweiz den einzelnen Kantonen. Dies hat jedoch gerade in der Vergangenheit zu mehrgleisigen Aktivitäten sowie einem falschen Konkurrenzdenken geführt. Im Jahre 2003 haben sich Bund und Kantone deshalb darauf geeinigt, dem Bund gewisse Koordinationsrechte im Bezug auf die Standortförderung zu übertragen, um der Schweiz – zumindest gegen Aussen – ein einheitliches Auftreten zu ermöglichen. Seit 2008 ist die OSEC für die Koordination der Schweizer Standortförderung zuständig. Da die Hoheit hierüber jedoch unverändert bei den Kantonen liegt, ist eine wirksame und einheitliche gesamtschweizerische Standortförderung nach wie vor nicht möglich.

Neben der Konzentration der Kompetenzen auf eine Stelle fehlt es ausserdem auch an den nötigen Fördergeldern. In die Standortförderung sowie Standortpflege werden in der Schweiz von Bund und Kantonen lediglich 40 Mio. Franken (6 Mio. OSEC, 34 Mio. Kantone) investiert. Dies im Vergleich zu rund 170 Mio. Franken, die jährlich in die Schweizer Tourismusförderung fliessen.

Im Vergleich zu anderen Staaten liegt die Schweiz in der Organisation ihrer Standortförderung sowie in den Investitionen in diesem Bereich weit zurück. Obwohl die Schweiz nach wie vor als sehr attraktiver Standort gilt, sind ein einheitliches Auftreten gegen Aussen sowie stärkere Investitionen in diesen Bereich unumgänglich.

› Forderung 4: Standortförderung stärken

FDP.Die Liberalen fordert, dass die Standortförderung in der Schweiz organisatorisch wie finanziell gestärkt wird. Hierzu soll der OSEC die alleinige Kompetenz zur Standortförderung übertragen sowie der ihr heute zur Verfügung stehende Betrag auf 40 Mio. erhöht werden.

3.3. Verstärkte Exportförderung

Neben einer fokussierten Standortförderung braucht es aber auch eine gezielte Exportförderung, die heute bereits erfolgreich von der OSEC betrieben wird. In diesem Bereich gilt es allerdings für KMU die Teilnahme an internationalen Messen zu verbessern. Limitierte finanzielle und personelle Ressourcen erschweren dies heutzutage. Die Messeteilnahme ist für KMU jedoch insofern von Bedeutung, als dass sie eine internationale Plattform zur Präsentation ihrer Produkte benötigen sowie einen Ort, um Kontakte zu knüpfen und Geschäftspartnerschaften aufzubauen.

› Forderung 5: Exportförderung verbessern

FDP.Die Liberalen fordert die OSEC auf, den KMU eine erleichterte Teilnahme an internationalen Messen zu ermöglichen.

3.4. eGovernment ist eine wichtige Basisinfrastruktur

Unternehmen sind zur Abwicklung ihrer administrativen Aufgaben auf eine effiziente Zusammenarbeit mit der Verwaltung angewiesen. eGovernment, also die Vereinfachung und Durchführung von Prozessen im Bereich der Information, Kommunikation und Transaktion durch den Einsatz von neuen Informations- und Kommunikationstechniken, vereinfacht, beschleunigt und vergünstigt viele Abläufe zwischen Behörden und Unternehmen. Die e-Technologien sind ein wichtiger Faktor im Standortwettbewerb.

› Forderung 6: Breite Einführung der digitalen Signatur

FDP. Die Liberalen fordert die breite Einführung der digitalen Signatur in der Schweiz. Jede Bürgerin, jeder Bürger mit einem Schweizer Pass besitzt die Möglichkeit, eine digitale Signatur zu beantragen wie auch jedes Unternehmen, dass in der Schweiz eingetragen ist. Mit Hilfe der digitalen Signatur könnte der E-Mailverkehr verschlüsselt und damit ein sicherer Datentransfer sicher gestellt werden. So könnten beispielsweise Rechnungen zugestellt oder Verträge per Mail abgeschlossen werden.

4. Bildung

4.1. Das duale Berufsausbildungssystem verteidigen

Das Berufsbildungssystem der Schweiz unterscheidet zwischen einem beruflichen und einem akademischen Ausbildungsweg. Unter der Einhaltung bestimmter Kriterien kann vom einen in den anderen Bereich gewechselt werden. Das Bildungssystem ist in diesem Sinne durchlässig. Wer sich beispielsweise nach der obligatorischen Schulzeit für eine Berufslehre entschieden hat, kann bei Erbringung der gefragten Leistungen und mit dem nötigen Willen auch nachträglich den akademischen Weg einschlagen und über eine Berufsmatura eine Fachhochschule oder Hochschule besuchen. Das duale Berufsbildungssystem garantiert gut ausgebildete Fachkräfte auf allen Ebenen. Dieses zweigleisige Ausbildungssystem ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Schweiz und eine Erfolgsgeschichte.

› Forderung 7: Stärkung der dualen Berufsausbildung

Die Schweiz verfügt über ein breites Spektrum an Fachkräften auf allen Qualifikationsebenen. Diese Vielfalt an Anforderungsprofilen und Berufsabschlüssen gilt es, aktiv zu verteidigen und zu erhalten. Jedes Diplom hat dabei seinen Wert und darf nicht als einem höheren unterlegen gelten. Der Bundesrat ist mit der Ausarbeitung eines Massnahmenplans zu beauftragen, wie die Berufsbildung in seiner Breite wieder gestärkt werden kann. Aufgrund ihrer Ausgangslage muss die Schweiz hier ihren eigenen Weg gehen und darf sich nicht einseitig an den ausländischen Systemen orientieren.

4.2. Hervorragende Talente in die Schweiz bringen

Für die Innovationskraft eines Landes ist es entscheidend, über die weltweit besten Köpfe zu verfügen. Dazu brauchen wir in erster Linie ein eigenes, exzellentes Ausbildungssystem. Die Schweiz muss aber auch für hochqualifizierte Fachkräfte ausserhalb des europäischen Raums attraktiv sein. FDP. Die Liberalen will **weiter gehen als die aktuellen politischen Bestrebungen und hat** die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung an ausländische Studenten von Schweizer Universitäten für sechs Monate nach Studienabschluss gefordert. So können diese Personen in der Schweiz eine Stelle suchen, und unser Land kann von den Investitionen in deren Ausbildung profitieren. Mit dem Angebot, ohne viel Aufwand eine Arbeitsbewilligung für die Schweiz zu erhalten, soll nun zusätzlich ein klares Signal an die besten Hochschulabsolventen ausserhalb der EU gesendet werden.

› Forderung 8: Eine Arbeitsbewilligung für die besten Nicht-EU-Hochschulabsolventen

Die Schweiz soll jährlich eine bestimmte Anzahl von Arbeitsbewilligungen für die besten Absolventen der renommiertesten Universitäten ausserhalb der EU bereit stellen. Mit diesem

klaren Bekenntnis zu Leistung und Exzellenz wird die Schweiz ihre Position im internationalen Standortwettbewerb festigen und ihre Innovationskraft weiter stärken können.

4.3. Höherer Stellenwert für BFI-Ausgaben

Mit Blick auf die Ausgaben für die Tertiärbildung, die Forschung und die Entwicklung bezogen auf die Wirtschaftsleistung, steht die Schweiz im internationalen Vergleich recht gut da. Sie liegt mit ihren Ausgaben leicht über dem OECD-Schnitt. Um sowohl mit den führenden Ländern als auch mit denjenigen Nationen, die am stärksten in Bildung, Forschung und Innovation investieren, mithalten zu können, muss die Schweiz ihr finanzielles Engagement aber ausbauen.

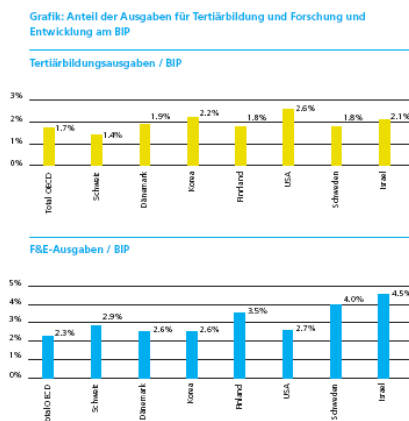


Abb. 12 und 13: Quelle: Empfehlungen für die schweizerische Bildung-, Forschungs- und Innovationspolitik 2008-2011, SWTR

› Forderung 9: Steigerung von Effizienz und Erhöhung der Ausgaben im BFI-Bereich

Die Ausgaben der Schweiz im BFI-Bereich haben sich an den ausgabenstärksten Ländern wie Finnland, USA und Schweden zu orientieren. Dabei muss ein effizienter Mitteleinsatz unbedingt gewährleistet sein. Eine schrittweise Erhöhung der öffentlichen BFI-Ausgaben bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz führt zu mehr qualifizierten Kräften für die Forschung sowie für alle weiteren gesellschaftlichen Bereiche und damit zu einem starken Impuls für die Gestaltung der Zukunft der Schweiz.

› Forderung 10: Keine Stop-and-Go Finanzierung der Hochschulen

Damit die staatlichen Mittel in Bildung, Forschung und Innovation (BFI) möglichst effizient eingesetzt werden können, sind die Hochschulen sowie die beteiligten Forschungsinstitute auf eine langfristige Planung angewiesen (BFI-Botschaft). Es muss deshalb verhindert werden, dass die jeweils für vier Jahre geplanten finanziellen Mittel durch nachträgliche Kreditkürzungen gefährdet werden. Die mit dem zweiten Konjunkturprogramm aufgehobene Kredit Sperre für den Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereich ist deshalb dauerhaft zu beseitigen. Diese wirkt sich gerade in diesem Bereich besonders negativ auf die Innovation aus.

› Forderung 11: Leistungsorientierte Forschungsfinanzierung

Um vom Schweizerischen Nationalfonds finanzielle Unterstützung zu erhalten, sind hohe Vorinvestitionen notwendig. Vom Nationalfonds werden allerdings nur die Projektkosten plus eine Entschädigung für die Vorinvestitionen in der Höhe von 10 % der Projektkosten übernommen. Diese leistungsorientierte Abgeltung der Forschungsinvestitionen will die FDP.Die Liberalen auf 20 % erhöhen. Damit erhöht sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Forschungsinstitute.

› **Forderung 12: Wissensvermittlung über Innovation als fester Bestandteil des Lehrplans**

Das Wissen um die Bedeutung von Innovation soll bereits auf der Mittelstufe vermittelt werden. Auf der Hochschulebene soll angehenden Naturwissenschaftlern und Ingenieuren das Bewusstsein über den Wert ihrer Forschung und die Bedeutung von Schutzstrategien und Technologietransfer praxisnahe vermittelt werden. Dabei ist eine stärkere Vernetzung der Hochschulen untereinander sowie zu den Fachverbänden und den sachkompetenten Bundesstellen (Eidg. Institut für Geistiges Eigentum, KTI, SBF, BBT) nötig. So unterstützt die Wissenschaft den Innovationsplatz Schweiz.

5. Forschung

5.1. Förderung des Forschungsstandortes Schweiz

Die Schweiz verfügt über hervorragende Schulen, Universitäten und Fachhochschulen. U.a. deshalb ist die Schweiz auch ein sehr attraktiver Standort für internationale Technologieunternehmen, sei es in der chemischen Industrie, der Medizinaltechnik oder aber auch der Maschinenindustrie. Die Schweiz als idealer Standort für Forschung und Entwicklung soll verstärkt gefördert werden. Vom Bund sind hierzu die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

› **Forderung 13: Gesetzliche Grundlagen für Forschungsstandort-Förderung**

Der Innovationsstandort Schweiz ist seitens des Bundes gezielt zu fördern. Hierzu sind im Forschungsgesetz die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Diese ermöglichen auch die Schaffung eines Innovationsparkes, wie er auf privater Initiative auf dem alten Militärflugplatz Dübendorf geplant ist.